

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.  
monatlich 8 fl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 fl.  
Bei Postbezug vierteljährlich 9,83 fl. monatlich 3,11 fl. Unter Streifband in Polen  
monatlich 5 fl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Gr.  
Bei höherer Gewalt (Vertriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Koloniezeile 20 Groschen, die 90 mm  
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Bla-  
vorschift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur  
schriftlich erbeten. — Poststempelgebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der  
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewalt übernommen.  
Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 35.

Bromberg, Donnerstag den 12. Februar 1925.

49. Jahrg.

## Liquidations-Methoden.

Im Jahre 1925 ist die Arbeit des Liquidationskomitees in Posen von vornherein sehr energisch gewesen. Bereits Nr. 1 des "Monitor Polski" bringt die Bekanntmachung der öffentlichen Aussichtung von 42 städtischen Grundstücken. Unter diesen Aussichtungen interessieren besonders Nr. 36 und Nr. 41.

Nr. 41 betrifft ein Hausgrundstück in Bromberg, dessen Besitzer ein Herr Kopp in Berlin ist. Das Grundstück gehörte ursprünglich dem im Jahre 1918 verstorbenen Kaufmann G. in Bromberg. Dieser wollte einerseits die gesamte Nutzung seiner Hinterlassenschaft seiner Witwe zusichern, andererseits ihr einen sachverständigen Berater beigeben und zu gleicher Zeit sicherstellen, daß sein Besitztum in seiner eigenen Familie bleibe. Infolgedessen vermacht er das Grundstück seinem Sohn in Berlin und sie gleichzeitig seiner Frau die Nutzung für Lebenszeit gerichtlich eintragen. Nachdem der Liquidationsbeschluß ergangen war, hat sich Frau G. bemüht, das Grundstück, welches ihr Verwandter Kopp, ihr ohne jede Entschädigung abtreten wollte, zu erwerben, ist aber mit ihrem Gesuch vom Liquidationskomitee abgelehnt worden. Sie hat fest auf Grund der öffentlichen Aussichtung ein Kaufangebot gemacht, das um so mehr Beachtung finden müsste, als sie die eigentliche Eigentümerin ist und bei der gerichtlich eingetragenen Nutzung der Erwerb für eine andere Person sehr ungünstig sein dürfte. Die Forderung dürfte wohl unfehlbar sein, da sie berechtigt anzuerkennen, daß das Liquidationskomitee die in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung sämtlicher polnischer Staatsbürger der Frau G. gegenüber wahrnehmen und den Erwerb genehmigen wird. Allzu große Hoffnung kann man allerdings bei der Praxis des Liquidationskomitees darauf nicht haben, was aus folgenden Beispielen ersichtlich ist:

Der Landwirt Dalluge hatte im Dezember 1919 von dem Ansiedler Heinrich Kramer eine Landwirtschaft in Domin, Kreis Schwedt, gekauft. Der Schweizer Notar hatte es übernommen, die Genehmigung von der damals zuständigen preußischen Ansiedlungskommission und die Eintragung im Grundbuch zu besorgen, war aber wahrscheinlich infolge seiner Abwanderung, nicht dazu gekommen, diese Angelegenheit zu Ende zu führen. Da der am 10. 1. 1920 im Grundbuch eingetragene Besitzer Heinrich Kramer die polnische Staatsangehörigkeit nicht erworben hatte, so unterlag sein Besitztum der Liquidation. Nachdem der Liquidationsbeschluß ergangen war, hat Dalluge mehrfach versucht, die Genehmigung seines Kaufvertrages vom Liquidationsamt zu erhalten, jedoch ohne Erfolg.

Beaso ist mit seinem Überlassungsvertrag abgewiesen worden, der Ansiedler Steinberg in Miaslowice, Kreis Bnin, seine Schwiegermutter Ernestine Korf, die die polnische Staatsangehörigkeit nicht erlangt hatte, da sie erst im Jahre 1912 hier angezogen war, stand unter Liquidation. Sie beabsichtigte, ihr Grundstück ihrem Schwiegersohn Steinberg, der polnische Staatsangehöriger ist, zu überlassen. Auch dieser Überlassungsvertrag wurde vom Liquidationsamt nicht genehmigt.

So bekannt uns Deutschen in Polen eine derartige Praxis der polnischen Behörden auch in anderen Fällen ist, so ist es notwendig, auch diese Fälle wieder einmal festzustellen, da von Seiten der Behörden immer behauptet wird, daß eine völlige Gleichmäßigkeit der Behandlung sämtlicher polnischer Staatsbürger gemäß der Verfassung in Polen stattfinde. Vor allen Dingen haben wir solche Versicherungen des polnischen Vertreters in Genf zur Genüge gehört.

Nr. 6 und 7 des "Monitor Polski" bringen die Bekanntmachungen über den endgültigen Übergang von 8 Grundstücken deutscher Frauenvereine in das Eigentum des Staates. Es handelt sich um das Eigentum der deutschen Frauenvereine in Ostrowo, Czarnikau, Nogatien, Opolenka, Samter (Frankenhaus), Mogilno, Witkowo und Strelno. Der Beschuß dieser Liquidationen ist von besonderem Interesse. Am sich unterliegt es keinem Zweifel, daß die Enteignung des Eigentums einer caritativen Organisation dem allgemeinen Empfinden widert. Zudem ist die Rechtsfrage durchaus ungeklärt. Die liquidierten Vereine bestreiten in jeder Beziehung die Rechtmäßigkeit der Liquidation. Bei der eigentümlichen Praxis des Liquidationskomitees ist es allerdings schwer festzustellen, worauf das Komitee die Liquidationsfähigkeit gründet. Es hat die Gesetzesfähigkeit, niemals außer der Heranziehung der Gesetzesparagrafen, die auf alle möglichen Fälle anzuwenden sind, Gründe anzugeben und auch in den Ablehnungen der Einsprüche gegen die Liquidation auf eine Widerlegung der von Seiten der Liquidanten vorgebrachten Gründe zu verzichten. Die erwähnten Frauenvereine behaupten fälschlich und sonders, daß sowohl der Vorstand als auch ihre Mitglieder zum größten Teile aus polnischen Staatsangehörigen bestehen. Ob diese Behauptung angezweifelt wird, ist nicht zu erkennen, da das Liquidationskomitee die Gründe der Ablehnung nicht angibt. Tatsächlich ist es ja für die Vereine nicht leicht, bei jedem einzelnen Vereinsmitglied die genauen Unterlagen für die Staatsangehörigkeit zu beschaffen, um so mehr, als bei hier nicht mehr lebenden Persönlichkeiten die Behörden die Ausstellung von Staatsangehörigkeits- und Ansässigkeitsbescheinigungen an andere ablehnen. Man sollte annehmen, daß es einem Gebot der Billigkeit entsprechen würde, daß im Falle der Unmöglichkeit der Beschaffung solcher Beweise die eidesstattlichen Angaben von bekannten Persönlichkeiten über die Dauer des Wohnsitzes im ehemaligen preußischen Teilgebiet gelingen würden, und daß, falls in dem einen oder anderen Falle die Beweise für die Behauptung der polnischen Staatsangehörigkeit nicht genügend erscheinen, das Liquidationskomitee weitere Unterlagen einfordert. Das geschieht aber durchaus nicht. Ferner stützt sich die angebliche Liquidationsfähigkeit der deutschen Frauenvereine auf die Kontrolle durch den Hauptverein der Vaterländischen Frauenvereine in Berlin. Auch hiergegen haben die Frauenvereine Stellung genommen, indem sie darauf hinwiesen, daß der Begriff der Kontrolle gemäß § 297 des Preußischen Friedensvertrages eine verbindungsrechtliche Kontrolle bedeutet, wie sie z. B. von dem Vorstand und dem Aussichtsrat einer Aktiengesellschaft mit dem Sitz z. B. in

Berlin gegenüber einem Werk in Polen ausgeübt wird. Eine derartige Kontrolle des Vereinsvermögens stand dem Hauptverein in Berlin gegenüber keinem der Zweigvereine zu. Außerdem ist das Rechtsverhältnis zwischen dem Hauptverein und den Zweigvereinen ein einseitiges gewesen, insoweit, als die Zweigvereine jederzeit berechtigt waren, dieses Rechtsverhältnis zu lösen. Der Begriff der Kontrolle im Sinne der Liquidationsparagrafen des Versailler Friedensvertrages ist also bei den deutschen Frauenvereinen in Polen nicht vorhanden. Obwohl nun sämtliche der genannten Vereine die Klage beim Gemischtgericht deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris eingereicht haben und einige auch die Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht in Warschau führen, ist die Liquidation durchgeführt worden. Es unterliegt für die Vereine keinem Zweifel, daß sie vor dem Gemischtgericht deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris ihr Recht bekommen werden. Damit würde der polnische Staat vor die unangenehme Notwendigkeit gestellt werden, den alten Rechtszustand wieder herzustellen, was natürlich mit erheblichen Kosten verbunden ist. Es fragt sich, ob es unter diesen Umständen, namentlich bei der großen Anzahl von zweifellos liquidationsfähigem Eigentum Reichsdeutscher, nicht besser gewesen wäre, mit der Liquidation zu warten. Die Politik der Schaffung vollendet Tatachen hat mitunter doch ihr Bedenken.

Wie bereits erwähnt, bringt der Monitor Polski Nr. 1 unter Position 3, Ziffer 36, die Bekanntmachung von der öffentlichen Aussichtung des Hausgrundstückes des Freiherrn Otto v. Ulmenstein in Czarnikau. Herr v. Ulmenstein macht Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit. Diese Angelegenheit schwelbt schon mehrere Jahre; die Klage beim obersten Verwaltungsgericht in Warschau gegen die Entscheidung des Wojewoden in Posen ist auch bereits vor ungefähr einem Jahre eingereicht worden. Herr v. Ulmenstein ist im Jahre 1905 nach Czarnikau gekommen und hat von da an seinen ständigen Wohnsitz in Czarnikau gehabt. Nach Beendigung des Krieges wurde er, der schon vor dem Kriege aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden war, eine Zeitlang zwecks Abwicklung der Geschäfte des Gefangenenträgers Altdamm trotz seines Gesuches um Entlassung zurückgehalten, und als er endlich frei wurde, wurde ihm die Einreiseerlaubnis von polnischer Seite verweigert, so daß er erst im Jahre 1921 persönlich in Czarnikau wohnen konnte. Seine Frau hat aber während der ganzen Zeit in Czarnikau gewohnt. Nach Artikel 4 und 5 der Wiener Konvention hat Herr v. Ulmenstein zweifellos Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit. Da nach Art. 5 ein doppelter Wohnsitz möglich ist, d. h. für die Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit die Erfüllung der Bedingungen für den Wohnsitz in Polen genügt, selbst wenn sie noch für ein anderes Gebiet vorhanden sind, so würde Herr v. Ulmenstein, selbst wenn angenommen wird, daß er am 10. 1. 1920 einen Wohnsitz in Deutschland gehabt hat, was nicht der Fall ist, die polnische Staatsangehörigkeit erlangt haben. Es müßte auf ihn ohne weiteres die durch die Presse veröffentlichte Bekanntmachung des Präsidenten des Liquidationskomitees in Posen zutreffen, wonach bei allen Personen, welche unter die Wiener Konvention fallen, die Liquidation bis zur Ratifikation des Vertrages eingehalten werden soll. Obwohl aus den mehrfachen Hinweisen des Herrn v. Ulmenstein über seine Staatsangehörigkeit das Liquidationskomitee genau über den Fall unterrichtet sein mußte, ist in diesem Falle von der Verfügung des Präsidenten des Liquidationsamtes abgewichen worden, die sich auf die feierliche Zusagung des polnischen Delegierten Pradezhnski im Briefe an den deutschen Delegierten Dewald vom 28. 8. 1924 gründet.

Nr. 9 des Monitor Polski bringt ferner die Bekanntmachung von dem Übergang der Besitzung des Landwirts Günther in Grochowiska, Kreis Bnin, auf den polnischen Staat. Auch hier widerstreitet das Vorgehen des Liquidationskomitees in Posen der Zusage des polnischen Delegierten Pradezhnski vom 28. 8. 24 und der daraus folgenden Bekanntmachung des Präsidenten des Liquidationsamtes über die Einstellung der Liquidation. Günther wohnt seit dem Jahre 1900 im ehemals preußischen Teilgebiet. Er hat diesen Aufenthalt in der Zeit von 1905—1909 unterbrochen, da er als Verwalter der Ansiedlungskommission in dieser Zeit auf das Gut Verwaltung, Kreis Bnin, jetzt im deutschen Teil des ehemaligen Provinz Posen gelebt. Seitdem ist er im Jahre 1900 weit über 18 Jahre alt und von 1900—1920 mindestens 10 Jahre im ehemaligen preußischen Teilgebiet ansässig gewesen ist, ferner auch am 10. 1. 1920 seinen Wohnsitz dort hatte, so steht ihm nach Art. 4, § 2 Ziffer 2b der Wiener Konvention ganz zweifellos die polnische Staatsangehörigkeit zu. Es hätte also gemäß der Bekanntmachung des Präsidenten des Liquidationskomitees die Einstellung des Liquidationsverfahrens erfolgen müssen. Obwohl nun Günther unter Berufung auf die Zusicherung des polnischen Delegierten Pradezhnski vom 28. 8. 24 bei der Starostei in Bnin die vorläufige Anerkennung polnischer Staatsangehörigkeit beantragt und auch beim Liquidationskomitee in Posen unter Berufung auf die erwähnte Bekanntmachung des Präsidenten des Liquidationskomitees die Einstellung des Liquidationsverfahrens nachgefragt hatte, wurden seine diesbezüglichen Anträge abgelehnt und der über 70 Jahre alte Mann jetzt von seiner Ansiedlung vertrieben.

## Das Privateigentum unantastbar!

Wie wir bereits gestern kurz berichten konnten, brachte der amerikanische Senator Vorah im Auswärtigen Ausschuß des Senats einen Gesetzentwurf ein, der die Rückgabe des feindlichen Eigentums fordert.

Dieser Antrag sieht nicht nur eine Rückgabe des sich im Besitz des Vermögensverwalters für das feindliche Vermögen befindlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Eigentums vor, sondern verlangt, daß sich die Regierung durch Enteignung der jenseitigen Besitzer wieder in den Besitz dieses Eigentums einschließlich aller Patente, Handelsmarken und Copyrights setzt. Eine Ausnahme sollen lediglich jene Patente usw. machen, deren Besitz für die Vereinig-

## Der Zloty (Gulden) am 11. Februar

Vorläufiger Stand um 10 Uhr vormittags.

Danzig:	1 Dollar	— 5,20/,- Gulden
	100 Zloty	— 101,20 Gulden
Warschau:	1 Dollar	— 5,20 Zloty
	1 Danz. Gulden	— 0,99 Zloty

Bank Polski zahlte heute für 1 Dollar 5,16—5,16/,-  
1 Reichsmark . . . — 1,23/,- 1,24/,- Zloty

ten Staaten von Wichtigkeit ist. In diesem Fall soll die Regierung die rechtmäßigen deutschen Inhaber entzögeln.

In seiner Begründung erklärte Senator Vorah, daß die Ehre der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit engagiert sei, da die Begutachtung des Eigentums privater Bürger eine Vergewaltigung der einfachen Begriffe des internationalen Rechts und der guten Sitten sei. Außerdem verstoße speziell das Vorgehen der Wilsonschen Regierung gegen den Vertrag, den die Vereinigten Staaten mit Preußen im Jahre 1832 geschlossen haben und der diese internationale Selbstverständlichkeit obendrein zu bindendem Recht zwischen den Vertragsparteien gemacht habe. Und zwar müßten die Vereinigten Staaten dieses Unrecht wieder gut machen ohne Rücksicht auf die Schäden, die amerikanischen Bürgern durch die Kriegsergebnisse entstanden seien. Diese Entschädigung stelle eine ganz unabhängige Forderung Amerikas an die deutsche Regierung dar und sei als solche durch die von Amerika angemeldeten Reparationsansprüche geregelt.

Bei der Stellung des Senators als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses erscheint es ganz ausgeschlossen, daß er ohne vorheriges Einverständnis mit Präsident Coolidge in dieser Sache vorgegangen ist. Der Hinweis auf die in Paris nunmehr geregelte Reparationsquote Amerikas, die auch die Privatanwartschaften amerikanischer Bürger enthalte, hat die "unversöhnlichen" Republikaner unter Führung des Senators Hiram Johnson hellhörig gemacht. Sie folgern daraus, daß die Regierung das Pariser Finanzabkommen als bindenden Vertrag erachtet und verlangen nun natürlich erst recht, daß er als solcher dem Senat für Ratifizierung vorgelegt werde.

Was für Amerika unter Friedensrecht gilt, darf wohl auch in Polen unter Friedensrecht seine Wahrheit behalten.

Das Privateigentum ist unantastbar!

Fast wörtlich deckt sich Vorahs Begründung mit derjenigen des Abg. Marian Senda, der anlässlich der Einbringung der preußischen Enteignungsvorlage am 15. Januar 1908 im Deutschen Reichstag folgendes erklärte:

Das Eigentum ist unverzichtlich!

Und wenn es ausnahmsweise aus Gründen des öffentlichen Wohles verletzt werden darf, so muß es sich eben um das Wohl der Allgemeinheit handeln. (Sehr richtig! bei den Polen.) Nun kann doch darüber ein Zweifel nicht bestehen, daß das Wohl der Majorität nicht identisch ist mit dem Wohl der Allgemeinheit. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die preußische Enteignungsvorlage statuiert aber eine Enteignung der polnischen Minorität zugunsten der deutschen Majorität in Preußen. Und das ist es, was unseres Erachtens direkt als eine Verleugnung der ethischen Grundannahmen der zivilisierten Menschheit anzusehen ist. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Meine Herren, das Privateigentum ist doch die Grundvoraussetzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, und es sollte sich jeder Staat, jede Regierung gegenüber den Angriffen, die unangreifbar von gewisser Seite gegen das Privateigentum gerichtet werden, doppelt und dreifach davor hüten, durch eigene geheime Maßnahmen diese Grundsätze zu erschüttern. Muß nicht durch solche Gesetze das Recht so effektiv auf das tiefe Empörert, müssen nicht die Rechtsbegriffe der Bevölkerung auf das ärgste verwirrt werden?

Senda wandte sich gegen die Enteignung von 4 (vier) polnischen Gütern; wir protestieren gegen die Enteignung von 9000 (neuntausend) Objekten, die nach der Aussage des Leiters des Posener Liquidationsamtes, Professor Winarski, als die wichtigsten zur Enteignung anerkannt wurden. Der "Dziennik Bydgoski" hat den Mut gehabt, uns wegen der Gegenüberstellung dieser polnischen Zeugen (Seda und Winarski) dem Staatsanwalt zu denunzieren. Es ist einem Teil der öffentlichen Meinung hieraus offenbar peinlich, wenn man sich gegen eine doppelte Moral wendet, die alles, was früher geschah, verdammt und das, was heute in zweitausendfacher Höhe vor kommt, als geheiligtes Recht ansieht. Der Antrag des Senators Vorah beweist, daß in Amerika wenigstens die moralische Bewertung einer Eigentumsenteignung dieselbe bleibt, auch wenn sie scheinbar dem eigenen Staat im Augenblick Vorteile zu bringen scheint.

Gilt der Grundsatz der Unantastbarkeit des Eigentums nicht doppelt in dem noch immer vom roten Feuerbrand des Kreml bedrohten Mitteleuropa?

Jede Enteignung ist der Schriftsteller des Bolschewismus!

Wenn die wohlerworbenen Güter der Deutschen verschwinden, wird man sich an den Großgrundbesitz der eigenen Landsleute halten. Mit dem Gewinn wächst die Begierde; den Großen folgen die Kleinen, den Kleinen das Zwergen Eigentum, und das Ende kann das Chaos sein.

Wir geben ebenso zu bedenken, daß das angelsächsische Capital bei der Vergebung seiner Anleihen auf die Unantastbarkeit des Eigentums besonderen Wert legt. Ohne diese Sicherheit erscheinen auch andere Garantien wertlos. Nicht nur den baltischen Staaten hat man diesen Standpunkt deutlich bekannt gegeben.

Endlich aber verweisen wir auf den bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertrag. Glaubt man im Ernst, daß es eine Vereinigung der nachbarlichen wirtschaftlichen Beziehungen geben kann, wenn weiterhin das Eigentum des einen Vertragsteils angetastet, seine Bürger ihres Wohnrechtes für verlustig erklärt werden? Das ist keine Verengung von wirtschaftlichen und politischen Fragen, sondern nur eine notwendige (politisch-wirtschaftliche) Bedingung, ohne deren Erfüllung die erwünschte (wirtschaftliche) Folge unmöglich erscheint.

Im vollen Verantwortungsgefühl eines polnischen Staatsbürgers weisen wir unermüdlich auf diese Dinge hin und geben damit nicht, wie der „Dziennik Bydgoski“ erzählt, ein Beispiel für den bösen Willen der Deutschen“, sondern bezeugen gerade durch die Kundgebung solcher Bedenken, daß wir den guten Willen haben, unserer Heimat das zu geben, was in Wahrheit zu ihrem Besten dient.

## Dr. Marx preußischer Ministerpräsident.

Berlin, 11. Februar. Auf der Tagesordnung der geistigen Sitzung des Preußischen Landtages stand die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten. Die Kumpfkoalition hatte bekanntlich die Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Marx aufgestellt, die gemeinsamen Kandidaten der Rechtsparteien waren Dr. von Richter für den Ministerpräsidentenposten und Dr. von Kries für das Amt des Landtagspräsidenten.

Die erneute Vornahme der Ministerpräsidentenwahl hatte im ersten Wahlgang noch kein endgültiges Ergebnis. Abgegeben wurden insgesamt 444 Stimmen, davon unterschrieben 1, die absolute Mehrheit betrug 222. Es erhielten

Dr. Marx (Zentrum) 219 Stimmen  
Dr. von Richter (Deutsche Volkspartei) 153 "

Pieck (Kommunist) 48 "  
Ludendorff (Wirtschaftspartei) 16 "  
Dr. Krüger (Nationalsozialist) 11 "  
Dr. von Campe (Deutsche Volkspartei) 1 "

Da Marx nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, fand zwischen den beiden Kandidaten mit den stärksten Stimmziffern eine Stichwahl statt, also zwischen Marx und Richter.

Im zweiten Wahlgange wurde der Kandidat der Kumpfkoalition, Marx mit 223 gegen 222 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Von den 222 Gegenstimmen waren 17 unbeschrieben, 4 ungültig und 162 entfielen auf Dr. von Richter, den Kandidaten der Rechten.

Dr. Marx, der bekanntlich nicht Landtagsabgeordneter ist, dürfte der erste preußische Ministerpräsident nach dem Umsturze sein, der nicht dem Hause angehört. Wohl aber ist Marx früher Mitglied der Preußischen Fraktion der Zentrumspartei gewesen.

Im Zusammenhang mit der Wahl Dr. Marx' auf den Posten des preußischen Ministerpräsidenten teilt der „Vorwärts“ mit, daß in den Beratungen des Preußischen Landtages jetzt eine Pause von einer Woche eintreten werde, um Marx die Möglichkeit zur Bildung eines neuen Kabinetts zu geben. Die neue preußische Regierung werde sich hauptsächlich aus Vertretern des Zentrums und der Demokraten zusammensetzen. Die Sozialdemokraten würden durch den Innenminister Severing vertreten werden, der im Kabinett Marx als Fachmann verbleibt. Auf diese Weise werde Marx für sein Kabinett Unterstützung auch von Seiten der Wirtschaftspartei erlangen, die grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ablehnt. In der kommenden Woche werde Dr. Marx die Regierungserklärung abgeben, worauf er vom Landtag das Vertrauensvotum fordern wird.

Berlin, 11. Februar. PAT. Zum Vorsitzenden des Preußischen Landtages wurde der Sozialdemokrat Barciel gewählt, der bei mehrmaliger Abstimmung jedoch keine absolute Stimmenmehrheit erhielt.

## Eine Rede Dr. Luthers.

### Protest gegen die Nichträumung.

Köln, 10. Februar. Reichskanzler Dr. Luther traf gestern in Köln ein, wo er im Rathause die Vorstände des Stadt- und Landkreisverbandes, den Vorstand des Wirtschaftsausschusses, Mitglieder der Gewerkschaften und Vertreter der Presse des besetzten Gebietes empfing. Die Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer erwiderte der Reichskanzler mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung, und die Ihnen aussprechen, obwohl es für jeden Deutschen selbstverständlich ist, bin ich zu Ihnen gekommen. (Bravo!) Deutschland wird mit dem Rheinland immer Treue um Treue tauschen. Wir haben in unserer Arbeit dafür gesorgt, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz würden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollziehen. (Bravo!) Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinzuzurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind. Der Tatbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind. Zu Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, berechtigte Anstände, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entwaffnung erhoben werden, oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf das schnellste auszuräumen. Das Ziel der Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnelle Räumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erwirkt, was ihm nach dem Vertrage von Versailles zusteht. (Bravo!)

Die Rede schloß mit dem Appell an ganz Deutschland, der gegenwärtigen Regierung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen.

## Austritt des Arbeitsministers Sokal?

### Ein Zwischenfall in der Budgetkommission des Sejm.

Warschau, 9. Februar. Die Unterkommission der Budgetkommission für wirtschaftliche Angelegenheiten setzte heute ihre Beratungen über das Budget des Arbeitsministeriums fort. Es wurde über die leichten Einzelheiten des Budgets Beschluss gefasst, worauf zur Abstimmung über die im Budget zum Bau eines neuen Gebäudes für das Arbeitsministerium aufgestellte Quote von 500 000 zł geschritten wurde. Schon in der Freitagssitzung der Kommission hatte sich die Mehrzahl der Abgeordneten gegen diese Position ausgesprochen. Doch wurde die Abstimmung hierüber bis zur vollständigen Besprechung des Budgets vertagt. Nunmehr haben die Nationale Arbeiterpartei, die Sozialisten und die „Wyawoleńscy“ für die Beibehaltung der

Summe und die Pionier, der Nationale Volksverband und der Jüdische Klub gegen sie gestimmt, während sich die Christlichdemokraten der Abstimmung enthielten. Der Antrag auf Beibehaltung der Summe wurde auch daher mit 15 gegen 8 Stimmen verworfen und die Summe im Budget gestrichen. Arbeitsminister Sokal, der bereits in der Freitagssitzung der Kommission mit der Demission drohte, sofern die Quote von 500 000 zł im Budget gestrichen werden sollte, erklärte, der „Freie Presse“ folge, nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses einen Abgeordneten gegenüber, daß er sich unverzüglich zum Ministerpräsidenten begeben und seine Demission einreichen werde. Der Vorsitzende der Budgetkommission, Bzichowski, versuchte noch, den Minister von seinem Vorhaben abzuhalten, jedoch ohne Erfolg. In Sejmkreisen ist man darob voller Aufregung. Indessen erwartet man, daß die Demission des Arbeitsministers Sokal nicht angenommen werden wird.

### Sokal beim Ministerpräsidenten.

Warschau, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Premierminister Grabški empfing heute den Arbeitsminister Sokal in Sachen der geistigen Vorkommission in der Unterkommission der Budgetkommission. Minister Sokal verabschiedete dem Minister, daß er seine Demission einreichen werde, sofern die Position von 500 000 zł für den Bau eines Gebäudes für das Arbeitsministerium aus dem Budget gestrichen werden sollte. Premier Grabški erwähnte darauf dem Minister, daß seiner Ansicht nach die ganze Angelegenheit bei der Besprechung des Budgets im Plenum ein anderes Licht erhalten werde. Er selbst sehe keine Hindernisse auf dem Wege der Gewährung des Krebits von 500 000 zł für den Bau des Gebäudes für das Arbeitsministerium. Alsdann ersuchte der Premier den Arbeitsminister Sokal, keine überreichten Schritte zu tun und den Posten des Arbeitsministers nicht in Frage zu stellen, da sein Weiterverbleiben auf diesem Posten überaus notwendig erscheint.

## Das Budget des Innenministeriums in der Sejmkommission.

Warschau, 11. Februar. Die Verwaltungskommission des Sejm beriet gestern über das Budget des Innenministers, wobei auch der Innenminister Matajski das Wort ergriff. Er sagte u. a., daß im Budget allein für Verwaltungszwecke 35 Millionen zł vorgesehen sind, daß sind 2 Prozent des ganzen Budgets. Darauf schilderte er die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes und die Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung, was die Verwaltung des Staates sehr erschwert. Der Minister kündigte einen Gesetzentwurf über die Organisierung der Verwaltung des Staates an. Die Regierung beschäftigte eine Zusammensetzung der Behörden auf der Grundlage des Art. 66 der Verfassung. Die Wahl der leitenden Beamten zweiter Instanz würde danach dem Wojewoden auheimfallen. Erwogen werde augenblicklich auch ein Projekt über die Neuenteilung des Staates, nach welcher die Zahl der Kreise aus Sparfamitschriften bedeckt verringert werden soll.

Auf das Programm des Innenministeriums übergehend, sagte der Minister, daß er die ihm unterstellten Behörden angewiesen habe, die Verwaltungsstrafen nur in mäßigen Grenzen einzuziehen. Auch die Regelung der Frage der Staatszugehörigkeit wolle die Regierung für die nächste Zeit im Auge behalten, und durch eine Verfügung verschieden Mündungen ein Ende bereiten.

Des weiteren erklärte der Minister, daß er in der Versammlungsfrage kein Kündschreiben erlassen habe, im Gegenteil habe er die ihm unterstellten Behörden angewiesen, die Bestimmungen der Gesetze innzuhalten und hieraus ergebe sich, daß, da die gegenwärtig verpflichtenden Gesetze keine Privilegien für Abgeordnete vorsehen, diese zur Abhaltung von Versammlungen sogar in geschlossenen Räumen eine Genehmigung haben müssen. Was die Aufhebung des Gesetzes über den Kriegsmüller anbelange, so ist der Minister der Ansicht, daß dies im gegenwärtigen Augenblick nicht ratsam erscheine. Zum Schluss erfuhr der Minister um Aufnahme eines besonderen Fonds in das Budget für das Grenzschutzkorps. Man könne heute nicht behaupten, daß die Grenzpolizei ihre Aufgabe nicht erfüllt habe. In Anbetracht der vollen Tatsache der Bildung des Grenzschutzkorps sei es nun notwendig, ihm alle Arbeitsbedingungen zu geben und das Budget für das Korps zu bewilligen, das den von der Regierung eingereichten Voranschlag um 20 Millionen złoty übersteige.

## Versammlungsverbot in den Ostgebieten.

Warschau, 9. Februar. Innenminister Matajski hat dieser Tage an alle Bezirkshauptmannschaften in den Ostgebieten ein Kündschreiben erlassen, in dem der Minister die Einberufung von Versammlungen durch Sejmabgeordnete oder Senatoren ohne vorherige Genehmigung der Verwaltungsbehörden verbietet.

Dieses Vorgehen des Innenministers hat unter den Linksparteien einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, da es in krassem Widerspruch zu der Konstitution steht, in der die Versammlungsfreiheit feierlich garantiert wird. Die Linksparteien werden in der nächsten Sejmssitzung einen Dringlichkeitsantrag einbringen, in dem sie die sofortige Beleidigung dieser Verordnung verlangen werden.

Wie die „Schles. Zeitg.“ von anderer Seite erfährt, wurde ein ähnliches Projekt seinerseits von der Regierung Witos ausgearbeitet, welches aber nicht verwirklicht wurde. Die Autoren dieses Projektes hofften auf diese Weise die öffentliche Meinung befähigen zu können, die für die Regierung nicht wohlwollend war. Das gegenwärtige Projekt stammt von dem Vizeminister Smolski.

## Republik Polen.

### Die nächste Sejmssitzung.

Warschau, 10. Februar. Für Donnerstag, 12. d. M., ist eine Plenarsitzung des Sejm angefragt worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht u. a. die Anlegung der Änderung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Abschaffung der Feiertage.

### Unterzeichnung des Konkordats zwischen Polen und dem Vatikan.

Warschau, 11. Februar. PAT. Kardinal Gaspari, der polnische Botschafter beim Vatikan, Stanislaw Grabski, und der Delegierte der polnischen Regierung, Stanislaw Grabski, unterzeichneten gestern das Konkordat, das zwischen Polen und dem Vatikan abgeschlossen wurde.

## Deutsches Reich.

### Vom Ministerjessel ins Gefängnis.

Berlin, 11. Februar. PAT. Wie der sozial-parlamentarische Dienst meldet, wurde der ehemalige Post- und

Telegraphenminister Hoefle nach seiner Vernehmung durch den Staatsanwalt gestern nachmittag verhaftet.

### Teilweise Anhebung des Ausnahmegesetzes in Bayern.

München, 11. Februar. PAT. Hierfür Blätter melden, daß die Bayerische Regierung in allerkürzester Zeit im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen werde, durch welchen der Ausnahmegesetz teilweise aufgehoben werden soll. Aufgehoben sollen auch die Bestimmungen über die Verhaftungen auf dem Verwaltungswege werden, ferner die Bestimmungen über Ausnahmegerichte und über das Streitrecht. Außerdem soll die Verordnung über die Aufhebung der kommunistischen Partei zurückgezogen werden.

## Aus anderen Ländern.

### Waffen und Munition für Litauen.

Rom, 9. Februar. (Eigenbericht.) Im Hafen von Neapel sind 50 Eisenbahnwaggons aufgehalten worden, die 50 000 Gewehre und 8 Millionen Patronen enthielten. Da die Bestimmung dieser Sendung den Hafenbehörden unbekannt war und sich erst nach einiger Zeit herausstellte, daß diese Sendung der litauischen Regierung gehörte, die dafür 30 Millionen lire bezahlt hatte, konnte erst nach Austausch von amtlichen Telegrammen zwischen der italienischen und litauischen Regierung die Sendung freigegeben und die weitere Verladung auf Schiffe gestattet werden.

### Nette Unruhen im sowjetischen Weißrussland.

Warschau, 10. Februar. Aus dem sowjetischen Weißrussland wird von neuen Unruhen unter der Bevölkerung berichtet. Dieser Tage wurde mit dem Einzug des Getreidekontingents begonnen. Die Bauern haben die mit dem Einzug beauftragten Beamten von ihren Höfen vertrieben und sich zu einem offenen Kampf gegen die bolschewistischen Behörden gerüstet. Auch von der Errichtung mehrerer Wohnhäuser und verschiedener Regierungsgebäude wird berichtet. Zur Bekämpfung der Unruhen ist Militär eingeschritten.

## Rundschau des Staatsbürgers.

### Die Anfechtung von Optionen.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat teilt uns mit:

Aus verschiedenen Anfragen von Optanten entnehmen wir, daß eine große Anzahl beiderseitiger Optanten, d. h. solche, die sowohl vor den polnischen Behörden, als auch vor einem deutschen Konsulat eine Optionserklärung abgegeben haben, der Meinung sind, daß beiderseitige Optanten ihre Option nicht anfechten können. Diese Meinung ist durchaus irrig. Die beiderseitigen Optanten müssen lediglich ihr Gesuch um Ungültigkeitsserklärung der Option bei den beiden Stellen, vor denen sie die Optionserklärung abgegeben haben, vorbringen. Bezuglich der Gründe, weshalb die Anfechtung der Option möglich ist, sind sie den einseitigen Optanten vollkommen gleichgestellt.

Im Zusammenhang damit weisen wir noch darauf hin, daß auch diejenigen Personen, welche schon früher einmal ihre Option vergeblich angefochten haben, jetzt erneut einen Anfechtungsantrag einbringen können, da die Wiener Konvention neue Grundlagen dafür geschaffen hat.

Herner weisen wir wiederum darauf hin, daß gegen die Ablehnung eines Anfechtungsantrages durch die Behörden erster Instanz, d. h. also die Starosten bzw. Stadtpräsidenten der größeren Städte, die Möglichkeit der Berufung an die Wojewodschaft gegeben ist, jedoch nur innerhalb von 14 Tagen nach Empfang der Ablehnung. Diese Frist muß unbedingt innegehalten werden, weil sonst die Entscheidung der ersten Instanz rechtskräftig wird. Gegen eine ablehnende Entscheidung der Wojewodschaft kann innerhalb von 30 Tagen beim Obersten Verwaltungsgericht in Warschau Berufung eingelegt werden. Durch den ablehnenden Bescheid der Starosten bzw. der Stadtpräsidenten ist also der Anfechtungsantrag nicht endgültig abgelehnt.

### Zur Registrierungspflicht der Offiziere.

In der Angelegenheit der Registrierung der ehemaligen Offiziere bzw. Verlängerung der Bescheinigungen der bereits registrierten Offiziere schreibt ein ehemaliger Offizier dem „Pos. Tagbl.“: „Veranlaßt durch die Mitteilung des Kriegsministeriums an Herrn Abgeordneten Graeve, die in einer der letzten Nummern Ihres Blattes abgedruckt worden ist, begab ich mich zum P. A. II. (Kreis-Ergänzungskommando, früher Bezirkskommando), um meine Bescheinigung, die ich im Sommer 1922 erhalten hatte, verlängern zu lassen. Der ausständige Oberleutnant hat die Verlängerung abgelehnt mit der Begründung, es sei überflüssig. Das Kriegsministerium habe mitgeteilt, daß in den nächsten Monaten ohnehin alle damaligen Bescheinigungen durch endgültige Ausweise ersetzt werden sollen.“

### Salzmonopol.

Amtlich wird bekanntgegeben: Vom 31. Januar d. J. ab wurde ein einheitliches Monopol für den Salzverkauf für den gesamten Bezirk der Republik Polen eingeführt. Diejenigen Unternehmen, die sich mit dem Enaros- und Detailsalzverkauf beschäftigen, müssen bis zum 1. März d. J. dieses schriftlich dem ainständigen Finanzamt, Akzise und staatliches Monopol, anmelden.

## Aus Stadt und Land.

### Bromberg, 11. Februar.

Wie wird der diesjährige Frühling? In den Mitteilungen der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ veröffentlicht der bekannte Meteorologe Dr. Franz Baur, St. Blasien (Schwarzwald), folgende Vorhersage: Der Erstfrühling (März und April) 1925 wird in Deutschland mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent wärmer als normal sein, mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Proz. wird seine Durchschnittstemperatur zwischen 2 Grad Celsius über und 1 Grad Celsius unter der normalen liegen, und mit 92,5 Prozent Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß der Erstfrühling weder sehr warm, noch sehr kalt sein wird. Die Wahrscheinlichkeit für einen sehr kalten Erstfrühling insbesondere im Jahre 1925 so gering, daß dieser Fall als ausgeschlossen gelten kann. Man wird demnach gut tun, in Deutschland in

Bromberg, Donnerstag den 12. Februar 1925.

**Pommerellen.**

11. Februar.

**Graudenz (Grudziadz).**

Eine Anzahl Optanten aus dem Kreise hat bereits die amtliche Aufforderung erhalten, bis zu einem bestimmten Termin die Grenzen des polnischen Staates zu verlassen. In verschiedenen Fällen ist gegen die Verstüttung Berufung eingereicht worden.

A Die Wasserverhältnisse des Weichselstroms zeigen keine Veränderung.

\* Von einer Schädigung mehrerer hiesiger Geschäftslente durch einen angeblichen Vertreter deutscher Fabriken war kürzlich berichtet worden. Danach hatte der betreffende Wasserleitungs- und Dampfheizungskarmaturen sehr billig an verschiedene hiesige Geschäftslente abgesetzt, bis sich infolge polizeilicher Ermittlungen herausstellte, daß die Sachen bei einer größeren Installationsfirma gestohlen worden waren. Die Geschäftslente hatten darauf hin die gekauften Waren zurückgeben müssen. Nach der damaligen Mitteilung sollte der Verkäufer eine Zeitlang bei der geschädigten Installationsfirma angestellt gewesen sein. Hierzu schreibt uns die Firma H. Paternmann vormals A. Kuznetz u. Sohn, daß der betreffende Verkäufer die Waren selbst gestohlen hatte, aber niemals bei ihr beschäftigt gewesen sei. Der Wert der innerhalb vier Monaten gestohlenen Waren betrug ca. 2500 zł, während die zurückgegebenen Sachen nur etwa 200 zł Wert hätten. Die Firma sei also bedeutend mehr geschädigt, als die betr. Geschäftslente, die die Waren hätten zurückgeben müssen.

\* Die hiesige Schützengilde (früher Friedrich-Wilhelm-Schützengilde) feierte am Montag im Hotel „Goldener Löwe“ den Königsball.

\* Eine Anzahl weiterer Straßen ist mit besserer Beleuchtung ausgestattet worden. Es ist eine Anzahl von Lampen angebracht worden.

A Im hiesigen Buchhandel werden die Straflinge mit verschiedenen Handarbeiten beschäftigt. Sie schnitzen Flaschenformen, arbeiten Korbmöbel und verfertigen Pantoffelholzer. Verschiedene Unternehmer haben in den Anstaltsräumen Werkstätten eingerichtet. Das Rohmaterial für Korkensfabrikation wird in großen Mengen bezogen. In diesen Tagen wurden viele Ballen Korkrinde von der Bahn abgeföhrt. Die Fertigfabrikate gehen zum großen Teil auch nach Warschau.

**Thorn (Tornu)**

\* Das große Karnevalsfest der Deutschen Bühne Thorn unter dem Titel „Kirschblütenfest im Lande der aufgehenden Sonne“ fand am Sonnabend in sämtlichen Räumen des Deutschen Heims statt und nahm einen äußerst glänzenden, harmonischen Verlauf. Wir kommen noch ausführlicher darauf zurück. — Sonntag nachmittag gab die Kapelle der Schweizer Theater- und Musikvereinigung unter der Leitung des Herrn Paul Knopf, durch einige Herren des früheren Thorner Bühnenorchesters auf 15 Klöpfe verstärkt, im geschmückten Saale des Deutschen Heims so dann ein Konzert, zu dem sich etwa 250 Zuhörer eingefunden hatten; so daß Saal und Bühne voll besetzt waren. Die Leistungen des Orchesters fanden reichen Beifall, so daß noch mehrere Einlagen gespielt werden mußten. Hoffentlich haben wir Thorner, die wir das Vorgehen unserer kleinen Theaterkapelle, die sich vielversprechend entwickelt hatte, jetzt besonders stark bedauern, bald wieder das Vergnügen, die Schweizer Kapelle hier zu hören! Ihr Beispiel sollte doch allen musikaffinen Kräften unserer Stadt — Damen und Herren — ein Ansporn sein, auch zu einem Orchester zusammenzuschließen! Die Deutsche Bühne wird Anmeldungen für ein neues Orchester sicherlich sehr gern entgegennehmen.

\* Die Massen-Schweineschlachtungen im hiesigen Schlachthause haben in der vergangenen Woche die bisher höchste Zahl von 2180 erreicht, gegen 1901 Stück in der Woche vorher. Bekanntlich wird das Schweinesleisch in ganzen Waggonladungen ausgeführt.

\* Einen Selbstmordversuch verübt am Sonntag mit seinem Dienstrevolver der Feldwebel (sterzant) Henkel von der Luftballonabteilung, und zwar in dem Wäldchen der Bäderberge. Der Schuß traf in die Herzgegerte. H. wurde

in das Lazarett eingeliefert und ringt dort mit dem Tode. Die Ursache zur Tat ist noch nicht genau festgestellt.

\* Brieftauben im Polizeidienst. Die hiesige Kriminalpolizei ist wiederum einen Schritt vormärts gegangen. Nachdem schon vier Polizeihunde angeschafft worden sind, hat sie jetzt auch Brieftauben zu Benachrichtigungszwecken angeschafft bzw. von der Militärverwaltung übernommen.

Unsere Redaktion sucht zur Vergrößerung und zum weiteren Ausbau der Rubrik „Thorn“ einen oder mehrere, in Stadt- und Landkreis Thorn wohnhafte,

**federgewandte Herren,**

die eine regelmäßige Berichterstattung über Wissenswertes aus dem Stadt- und Landkreis Thorn übernehmen wollen.

Wir bitten um Meldungen an unsere Thorner Hauptvertriebsstelle Justus Wallis, ul. Szeroka (Breitestr.) 34, woselbst auch unsere Honorar- und sonstigen Bedingungen zu erfahren sind.

\* O, diese Kabarets! Ein Beamter vom hiesigen Proviantamt fuhr dienstlich nach Nowyrockau, um dort größere Summen in Empfang zu nehmen. Den Rückweg machte er nicht direkt, sondern fuhr über Bromberg, um einen „Augenblick“ ins Kabarett zu gehen. Aus dem „Augenblick“ wurden mehrere Stunden bis zum Morgen, und wie das so üblich ist, verließ der Mann das Kabarett ohne einen Pfennig Geld. So mußte er schließlich nach der Rückkehr ins Gefängnis wandern.

\* Große Beträgerie wurden, wie das „Slowo Pom.“ schreibt, durch einen Vieferanten für das hiesige Militärlazarett verübt und jetzt aufgedeckt. Wie bisher festgestellt wurde, hatte dieser „Vieferant“ größere Summen durch Fälschungen von Rechnungen von der Militärverwaltung erhalten. Interessant ist es, daß der Mann, der mit staatlichen Summen „arbeitete“, in seinem „Kontor“ — einem kleinen Zimmerchen im 3. Stock einer Seitenstraße — „amtierte“.

\* Der Polizeibericht verzeichnet neben der Festnahme von zwei Täschendieben, die ihr Arbeitsfeld von Posen nach hier verlegt hatten, auch die Verhaftung von zwei Postbeamten wegen Unterschlagung von Postsendungen. Ferner wurde einer der Banditen, die den Überfall auf die Bahnhofstation Ostrichau ausgeführt hatten, festgenommen. Es soll ein Bewohner des Gutes Elsenrode sein.

\* Aus dem Landkreise Thorn, 10. Februar. Die Grippe und der Unterleibsteinhus herrschen ziemlich stark im Landkreise. In Gramtichen (Grabocin) und Rogomo (Rogow) liegen ganze Familien krank darunter. Auch Todesfälle sind vereinzelt zu verzeichnen. — Auch im Stadtkreise macht sich die Grippe sehr bemerkbar, so daß die Land- wie Stadtkrankenanstalten stark in Anspruch genommen werden.

\* Culm (Chelmno), 9. Februar. Der deutsch-katholische Geselligkeitsverein veranstaltete am Sonnabend, 7. d. M., im Hotel Culmer Hof einen Maskenball, der sich eines recht regen Besuches zu erfreuen hatte. Der Tag fing an zu刮en, als die letzten Tanzweisen erklangen. — Seit einigen Tagen ist die hiesige Fleißende Käthe, da die Weichsel kein Grundeis führt, wieder aufmontiert und in Betrieb genommen worden. Es findet daher der Personen- und Wagenverkehr bei Tag und Nacht durch übersehen statt. — In einer Nacht der vorigen Woche wurde dem Mittergutsbesitzer Moraczewski in Wenzlau (Wientoslaw) eine Kugel im Werte von 900 zł mittels Einbruch gekohlten.

\* Aus dem Kreise Culm (Chelmno), 10. Februar. Die für die Pferdebestände so schädliche Pestilenz ist noch immer nicht erloschen. Erst jüngst fand wieder in Bodwitz eine Vorführung von Stuten vor dem Veterinärbeamten statt. — Vor einigen Jahren wanderten in der Niederung die meisten deutschstämmigen Arbeitersfamilien nach Deutschland aus. Es fand sich aber reichlich Erfolg. Man stellte Akkordeonisten mit Arbeitern aus Kongresspolen ein, aber die Leistungsfähigkeit dieser Leute war merklich geringer. Wie früher zwei Personen die Arbeit leisteten, mußten wenigstens drei eingestellt werden. Neuerdings scheinen aber auch diese zu fehlen, oder aber man will sie nicht beschäftigen wegen ihrer Minderwertigkeit. In ver-

schiedenen Ortschaften stehen Arbeiterwohnungen leer. Die Landwirte sind ja durch die Not der Zeit gezwungen, auch ihre Ausgaben für Arbeitslöhne einzuschränken.

\* Dirshau (Dżewa), 10. Februar. Bis zur Stunde schwelt immer noch ein geheimnisvolles Dunkel über der Ursache oder Beweggründe der vielfachen Vergiftung. Es scheint allerdings Vergiftung durch Arsenik fast einwandfrei festzustehen, wenn auch noch nicht das Resultat der amtlichen chemischen Untersuchung hierher gemeldet ist. Selbstverständlich ist auch die kriminalistische Untersuchung im Gange und arbeitet nach einer bestimmten Richtung hin.

\* dt. Gollub (Golub), 10. Februar. Der Unterleibsteinhus herrscht in der Umgegend noch immer. In Lissewo bei Gollub sind verschiedene Todesfälle zu verzeichnen, meistens an Kindern bis zu 14 Jahren; aber auch Erwachsene und ganz alte Leute sind der Krankheit erlegen. Meist handelt es sich um Leute, die sich ärztliche Beratung nicht leisten können.

\* Górzno, Kr. Strasburg, 9. Februar. Unseren Bürgern in der Feldstraße (ul. Szczutowka) wird ein schon lange gehegter Wunsch erfüllt, indem diese Straße bald ein Pflaster erhalten soll. Mit der Aufruhr von Pflastersteinen ist schon begonnen worden. Bereits vor dem Kriege hatte man sich viel mit dem Plane beschäftigt, die Feldstraße zu pflastern; jedoch kam dieses Projekt wie auch viele andere infolge des Kriegsausbruches nicht mehr zur Ausführung. Auch die späteren Nachkriegs- und Inflationsjahre ließen dies nicht zu, und so ruhte alles, bis nun wieder normale Zustände eingetreten sind. Die Pflasterung der Feldstraße ist um so nötiger, als sich dort jetzt ein lebhafter Verkehr abspielt; denn sie bildet nach der Aufhebung der früheren deutsch-russischen Grenze eine der größten Zugangsstraßen zur Stadt, die von den Bewohnern aus dem ehemals russischen Teilgebiet stark in Anspruch genommen wird.

\* König (Chojnice), 10. Februar. In der Strafammerziehung vom 4. Februar hatte sich der frühere Postassistent E. G. aus Lippisch wegen Unterstüzung zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, im März 1922 in seiner Beamteneigenschaft fremde Goldüberweisungen in zwei Fällen, und zwar 259 000 polnische Mark und 1710 000 polnische Mark unterschlagen und sich des Beitrages von Bürgerschäden schuldig gemacht zu haben. Das Gericht erkannte gegen den Beschuldigten auf eine Gefangenstrafe von 8 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

\* Aus dem Kreise Schwie (Swiecie), 10. Februar. Die andauernd milde Witterung beginnt ganz außerordentlich den Schnitt der Weiden. Sowohl einjährige Weiden als auch Bambus sind fast überall geschnitten. Nachdem die Fahrradproduktion nach Auswanderung der bedeutendsten Fabrikanten stark zurückgegangen ist, werden weniger Fahrradfabrikate verladen. In früherer Zeit lieferten die Fabriken Pommerells Fahrräder direkt nach Schottland für die großen Heringsfischereien, ebenso nach Schweden und Norwegen, aber auch an die Luftschiffstofffabriken. Der Absatz dorthin war ganz bedeutend. Meist vermittelten Kommissionäre und Speziedirektoren in Danzig und Stettin derartige Lieferungen. Die Haushaltssindustrie wie der Korbwaren ist in letzter Zeit stark zurückgegangen. Wie die Korbmacher behaupten, macht die Beschaffung weißen Kleinfabrikates Schwierigkeiten. Nicht jeder Korbmacher ist in der Lage, sich die Weiden selbst zu schälen.

**Briefkosten der Redaktion.**

Herrn E. D. in D.-B. 1. Das ist Liebhäberei. 2. Wir können nicht bei den Kosten Umfrage halten, welche die höchsten Zinsen zahlt. Das müssen Sie schon selbst besorgen.

Herrn F. B. in E.-A. 1. Die ganzen Zinsen vom November 1921 bis Ende 1924 betragen zusammen knapp 1.300. Davon sind nur 15 Prozent zu zahlen. 2. Die am 1. November 1921 bei der Gerichtsliste eingezahlten 5000 Mark hatten nur einen Wert von 11,100.

Herrn A. Sch. in E. G. Die Anfrage ist nicht zu verstehen.

Herrn E. S. hier. Uns ist keine Stelle, die sich damit befaßt, bekannt.

A. B. in E. Nein.

In Nr. 28 vom 20. Januar 1925 ist an dieser Stelle unter der Spitznamen „Hypothek“ u. a. angegeben: Gelehrte Zinsen sind „Vorzungszinsen“. Selbstverständlich war das ein Druckfehler; es soll heißen nicht „Vorzungszinsen“, sondern „Verzugszinsen“.

**Thorn.****Von der Reise zurück  
Dr. J. Król**

Privatklinik für innere und Nervenkrankheiten :: Roentgen-Institut  
Diathermie :: Höhensonnen etc. :: Chem.-  
mktr. Laboratorium.

Sprechstunden täglich 9-11 u. 4-5.  
Bydgoszcz, Plac Wolności 5.  
— Telefon 1910. — 2070

Raune zu Tagespreisen:  
Weizen, Roggen, Gerste,  
Hafer, Hülsenfrüchte,  
Seradella, Kleesaaten.

Empfehlung zur Saat:  
Edendorfer Runtessamen, Möhren,  
Kohlrüben, Kleesaaten, Thymothee,  
Rahgras sow. sämtl. Gemüsesämereien.  
J. Czolbe, Toruń  
Telefon 440.

Saude v. sofort od. 1. 4.  
4-5 3.-Wohnung  
Ang. u. C. 1984 a. Ann.  
Exped. Wallis Toruń  
2336

Es hat  
noch am Lager billige  
Arbeitsgeschirre  
erstklassige  
Rutschgeschirre  
m. echt Neusilberbeschlä.  
ebenfalls sämtl. Fahr- u.  
Reitutensilien, das  
Sattler- u. Lederwaren-  
Spezialgeschäft.  
J. Król, Jaromia 20.

**Tanzabend**

für meine jetzigen und früheren Schüler und  
ihre Angehörigen  
Mittwoch, den 18. Februar  
7½ Uhr, im „Goldenem Löwen“. Gäste  
können eingeführt werden.  
Frieda Einell, Fortecza 20.

Am Rosenmontag, d. 23. Febr. 1925  
abends 8 Uhr, in allen nach einer einheitlichen Idee funktionalisch geschmückten  
Räumen des Gemeindehauses:

**Masfenball**

der Deutschen Bühne Grudziadz

am Rosenmontag.

Einzug des Bringen Karneval mit Ge-  
folge — Schneeballschlacht — Geheim-  
nisse der Opium-Höhle —  
Wein-Bar, Kaffeehaus u. Konditorei,  
Bier-Palast, Frühstücksstube.  
Im Simplicissimus-Keller: Die Höhle.  
Der Teufel lädt dazu.

**Drei Musit-Kapellen.**

Auf den Emporen kein Maskenzwang.

Eintrittslisten nur gegen Einladung im  
Geschäftszimmer der Deutschen Bühne,  
Mickiewicza (Wohlmannstr.) 15.  
Gesuche um Einladungen sind an den  
unterzeichneten Vorstand zu richten.  
Der Vorstand und Festauschüß.  
J. N. Arnold Kriede.

J. N. Arnold Kriede.

**Graudenz.****Tanzabend****Krupp's Milch-Separatoren**

60, 100, 125 Ltr. stündliche  
Leistung, sofort ab Lager hier lieferbar.

Preise billigst.

**Arthur Lemke, Grudziadz**

Telefon Nr. 151.

Platz 23 Szeneia Nr. 23  
u. Blonden Jacobson

Zähne von 2 Zloty an in erstklassiger  
Ausführung. Auf Teilzahlung.

Wir übernehmen

Rlee

zur 2040

Reinigung.

Landw. Großhandels-  
Gesellschaft m. b. h.,  
Grudziadz.

**Drucksachen**

aller Art

fertigt preiswert an

A. Dittmann, G. m. b. H.

Bromberg.

Wilhelmstraße 12.

**Lotomobile**

Marschall",

8-10 P. S., 6 Atm.,

sehr gut erhalten

im Betriebe, zu

beschäftigt, günstig  
zu verkaufen durch

Hodam & Rehler

Grudziadz,

am Bahnhof, 23

# Das Graudenzener höhere Schulwesen einst und jetzt.

Graudenz war seit Fertigstellung der Eisenbahnbrücke und seit Weiterführung der Bahnstrecke Paszkowitz—Graudenz bis Soldau, mit Inbetriebnahme der Weichselstädtebahn Marienburg—Thorn eine stark aufstrebende Stadt, und diente mit zu denjenigen westpreußischen Städten gehörte, die in den letzten vierzig Jahren an Einwohnerzahl und Wohlstand am meisten zunahmen. Die sich schnell entwickelnde Industrie, die Herverlegung zahlreichen Militärs begünstigte die schnelle Entwicklung außerordentlich. Entsprechend der steigenden Bevölkerungszahl und dem wachsenden Wohlstand musste auch für das öffentliche Bildungswesen gesorgt werden. Schon im Jahre 1816 war in Graudenz eine evangelisch-lutherische Stadtschule für Knaben und Mädchen gegründet worden, die aber in den einzelnen Klassen getrennt waren. Bereits im Jahre 1832 war die Knabenschule zu einer höheren Bürgerschule ausgebaut worden, die zur Abnahme von Abgangsprüfungen berechtigt war. Im Jahre 1866 war sie in ein Volksgymnasium umgewandelt worden, das 1874 verstaatlicht wurde. Der Neubau des Königlichen Gymnasiums wurde 1881 eingeweiht. Nach der Übergaße des Gymnasiums wurde die 1888 gegründete Knabenmittelschule selbständig, und später dann in eine Anstalt mit der Berechtigung zur Ausstellung vonzeugnissen für den Einjährigendienst erhoben. 1891 wurde diese Schulanstalt in eine Realschule umgewandelt. Der Förderung der Zeit entsprechend wurde sie 1901 zu einer Oberrealschule erweitert mit Berechtigung der Abgangsprüfung zum Universitätsstudium. Die Anstalt war städtisch und seit 1901 in einem Neubau gegenüber dem Gymnasium untergebracht. Für die höhere Mädchenabteilung sorgte die Viktoriaschule. Im O-

tobr 1844 war nach volliger Abtrennung der Mädchenklassen von den Knabeklassen der höheren Bürgerschule eine höhere Mädchenschule entstanden. 1849 wurde das der Schule angegliederte Lehrerinnenseminar eröffnet. Den Namen Victoria-Schule erhielt die Anstalt durch Kabinettsorder von 1898. Die Anstalt umfasste 17 Klassen, von denen zwei bis acht Doppelklassen hatten. Darauf waren drei Seminar-Klassen ausgebaut, und mit der Schule eine dreiklassige Übungsschule verbunden. Die Viktoriaschule war seit 1907 in dem modernen Neubau Ecke Trinke- (Trynkowa) und Grabenstraße (Grabsowa) untergebracht. Die Anstalt war städtisch. Das Gymnasium vermittelte seinen Besuchern humanistische Bildung und legte das Hauptgewicht auf alte Sprachen.

Infolge des mehr materiellen Zuges der letzten Jahrzehnte war die Schülerzahl der Anstalt mächtig. In den letzten Jahren vor dem Kriege war durch einen größeren Anbau Platz für weitere Klassen geschaffen worden. Nach der politischen Umgestaltung verfiel diese Anstalt zuerst dem Geschick, für deutsche Schüler, welche der polnischen Sprache nicht mächtig waren, gesperrt zu werden. Jetzt ist es eine rein polnische Anstalt und führt den Namen "Klassisches Gymnasium". Die Oberrealschule war so stark besucht, daß besonders die unteren Klassen doppelt und dreifach bestanden. Trotzdem mußten noch alljährlich zahlreiche Bewerber wegen Platzmangels von der Aufnahme ausgeschlossen werden. Von weit her wurde die Anstalt ausgeschlossen. Der Lehrkörper zählte nahe an 80 Kräfte und die Schülerzahl betrug nahe an tausend. Hauptfächlich gingen die Schüler der Anstalt zu praktischen Berufen über. Nach der politischen Umgestaltung wurden folglich polnische Klassen eingerichtet, die deutschen aber beibehalten. Aber bereits vor einigen Jahren wurde bei der Aufnahme für die Septima die nötige Schülerzahl für eine deutsche Klasse nicht angemeldet. Es fehlen

also bereits die unteren deutschen Klassen, aber auch von höheren Klassen mußten wegen unzureichender Schülerzahl einige kombiniert werden. Es ist nun mit Sicherheit auszurechnen, in welcher Zeit diese Anstalt deutsche Kinder mit deutscher Muttersprache nicht mehr haben wird. Die Anstalt ist auch staatlich und führt den Namen "mathematisch-naturhistorisches Gymnasium". Die Victoria-Schule (Oberschule) wurde nach der politischen Umgestaltung insofern abgebaut, als Seminarklassen und Übungsschule eingingen. Sie sank zu einem Lyzeum herab. Bei der Schulreform wurde die Anstalt in ein Mädchen-Gymnasium umgewandelt. Die deutschen Klassen wurden aber neben den polnischen beibehalten. Es ist auch noch eine Anzahl deutscher Lehrkräfte beschäftigt. Bei der letzten Aufnahmeverprüfung in die Anfangsklasse wurde verschiedene der angemeldeten deutschen Kinder vor der Prüfungskommission, die aus polnisch sprechenden Lehrkräften bestand, die Reise nicht zuerkommen, wodurch sie von der Aufnahme ausgeschlossen waren. Die deutsche Anfangsklasse wurde nicht mehr eingerichtet, und ein Teil der Kinder mußte zur deutschen Privatschule gehen, während andere versuchten, in der Klasse mit polnischer Unterrichtssprache mitzukommen. Wie man aber hörte, waren nicht alle Kinder in der polnischen Sprache so weit ausgebildet, daß sie dem Unterricht folgen konnten. Auch hier läuft sich nun ausrechnen, wann die letzte deutsche Klasse abgebaut sein wird. Von den ganzen öffentlichen höheren Schulen (nach dem Schulprogramm Mittelschulen) steht dann den deutschen Kindern keine mehr zur Verfügung. Erwähnenswert wäre es, daß ähnlich wie in Thorn deutsche Klassen, welche sowohl von Knaben als auch von Mädchen besucht werden könnten, einer öffentlichen höheren Schulanstalt angegliedert würden; den deutschen Steuerzahldern würde damit wenigstens etwas Entgegenkommen gezeigt.

## Günstige Gelegenheit für Landwirte und Maschinenhändler!

Wegen Verpachtung meines Maschinen-ge häfts verlaufe ich unter Fabrikpreisen: Drillmaschinen, Dreidrescher, Göpel, Sägemaschinen, Ventil-Kultivatoren und Pflüge versch. Arten, Saat- und Ackergergen, Rübenschneider, Walzen, Handkrothmühlen, Zentrifugen, Buttermaschinen, Kartoffeldämpfer (Fabrikat Zehne - Landsberg); ferner:

Stirnräder und Getriebe für Dreidreschmaschinen, Schwungräder versch. Größen für Sägemaschinen, Pflüge und andere Zelle. Ferner bin ich Abgeber f. mehrere Tausend Kilo Salzhauseisen (Bismarckhütte) Nr. 1, 2 und 3.

B. Levy,  
Culmsee (Chełmża). Telefon Nr. 16.

## Stellengesuche

### Gutsfürster

evgl., 40 J., mit Aufsicht, Durchsicht, sowie Jagd u. Fischereivertr., gl. Zeugn., Danz. Staatsang., i. Stellg. Off. u. 3. 2312 an die Sicht. d. Disch. Rdch.

### Förster

25 J. alt, firm in allen Facharbeiten, vertraut m. d. Hoch u. Niederjagd, sucht Stellung v. 1. 4. ob. später, am liebst. bei einer deutsch. Herrschaft, Ana. erbet. und Weidmannsdorf. D. 2317 a. d. G. d. 3.

Erf., led. Rentmeister sucht 1. 4. 25

Rechnungsbeamtenstellung auf Gütern. Poln. im W. u. Schr. perf. Off. u. 3. 1154 a. d. G. d. 3.

S. 2303

Gesucht zum 1. April

Stellung als

Ruhmeister

für 40-60 Rühe mit eigenem Personal. Bin auf hiel. Stelle 8 Jahre. Ruhmeister-Gierszinski in Kruszwica bei Ronojadn.

S. 2303

Gesucht zum 1. April

Stellung als

Gesucht zum 1. April

Stellung

von sofort od. v. 1. 3.

d. J. Gefl. Ang. unt.

D. 1130 an d. G. d. 3.

Gesucht zum 1. April

Stellung

als 2. Feld oder

Hofbeamter.

Selb. ist jetzt auf ein.

mittl. intens. Gut als

Beamter tätig. Bew.

J. 1255 an d. G. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

Bin der deutsch. u. poln.

Sprache in Wort und

Schrift mächtig. An-

gebote unter M. 2329

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Gesucht v. sofort oder

später Stellung als

Hof- oder

2. Beamter.

diesem Jahre mit einem im Durchschnitt ziemlich normalen, aber zu warmen als zu kalten Frühling zu rechnen. Diese Vorhersage Baur's beruht ebenso wie seine Vorhersage eines ziemlich milden, schnearmen Winters, die bekanntlich eingetroffen ist, auf einer geschickten, von Baur geschaffenen Verknüpfung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Fehlertheorie mit neuen Forschungsergebnissen der statistischen Meteorologie.

Der heutige Wochenmarkt zeigte bestrebendes wenn auch nicht überreichliches Angebot und ziemlich regen Verkehr. Die Preise waren im ganzen kaum geändert. Gefordert wurden in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr folgende Preise: Butter 1.90—2.10, Eier 1.70—1.80, Weißkäse 40, Eifitter 2.40, Schweizer 2.80, Enten 4—7, Gänse 8—14, Pfund 1.20, Hühner 4—6, Tauben 1.80 (Paar), Puten 4—8. In der Markthalle kosteten: Schweinefleisch 70—100, Rindfleisch 60—80, Kalbfleisch 80, Hammelfleisch 60—70, Kochwurst 80 bis 1.20, Dauerwurst 1.60—1.80, Bander 2—2.50, Karpfen 1.50 bis 2.50, Schleie 1.20—2, Hechte 1.20—1.80, Barsche 1, Pike 50—1.

In politischer Aufbewahrung befindet sich u. a. schon seit einiger Zeit eine Damenhandtasche, enthaltend mehrere Schlüsse und einiges Stücke deutsche Kriegsanleihe. (Kriminalpolizei Zimmer 36.)

### Vereine, Veranstaltungen ic.

Von der Kunst des Mietzums. Heute, abends 8 Uhr, im Sivillcasino letzte Vorlesung: "Pompeii". Karten bei Secht und an der Abendkasse. (2853) Freitag, den 13. 2., abends 8 Uhr, Generalversammlung der Niederschlesischen Gesellschaftsverein. Sitzung am Freitag, den 13., abends 8 Uhr, bei Secht. Gäste willkommen. (2859) Die Ortsgruppe Bromberg des Verbandes deutscher Handwerker in Polen, verbunden mit der Handwerker-Frauenvereinigung und dem Handwerkerverein 1848 feiert am 16. d. M., abends 8 Uhr, in sämlichen Räumen des Kassinos das 4. Buntfest (Nostalgie-Quartalsfest), verbunden mit sozialen Darbietungen. Erwünscht wäre, daß alle Teilnehmer entsprechendes Kleid anlegen. Der Vorverkauf der Eintrittskarten beginnt vom 12. Februar ab bei dem Kassenschafter A. Bruck, Janiszowska (Wilhelmsstraße 58). Eintrittskarten für Mitglieder und deren Familienangehörige à 2.00 zł., für eingeladene Gäste à 3.00 zł. Preise an der Abendkasse für Mitglieder 3.00 zł., für eingeladene Gäste 5 zł. Eingeladene Gäste sind vorher beim Kassenschafter anzumelden. \*

\* Gnesen (Gniezno), 10. Februar. Dieser Tage wurde berichtet, daß ein junger Magistratsbeamter von hier, der nach Posen gekommen war, auf dem Wege zur Stadt tödlich verstarb. Es handelt sich um den 24jährigen Magistratsbeamten Polchyn, der einen Posener Spezialisten aussuchen sollte. Die Mutter wollte die Leiche ihres Sohnes nach Gnesen haben, aber die Kosten waren für sie unerschwinglich. Da stellte der Gnesener Großindustrielle und Präsident der Bromberger Handelskammer B. Kasprzyk eine Pachtfrage an zur Verfügung, und ohne Unkosten erhielt die Mutter ihren toten Sohn.

\* Dolmar (Chodziez), 10. Februar. Das Gelände für die zu erbauenden Kasernen ist noch nicht bestimmt. Eine Militärfürstkommission wird im nächsten Monat nach hier kommen, um das von der Stadt zur Verfügung gestellte Land zu besichtigen. In Betracht kommt das in der ul. Radncka gelegene Land, früher zum Gute Unterlesnick gehörend, ferner die Nellenberge hinter der ul. Buczowska und das Gelände am Kirchhof. Mit dem Bau soll sofort nach Wahl des Platzes begonnen werden.

### Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Warschau (Warszawa), 11. Februar. Heute ist beim Museum für Goldarbeiten beim Hauptgewichtungsamt (Sloka 22) eine Ausstellung von Projekten für Goldmünzen eröffnet worden. Diese Entwürfe sind mindestens auf das Konkurrenzschreiben des Finanzministeriums eingegangen. Der Zweck der Ausstellung ist, der breiteren Öffentlichkeit die Muster von Münzen zu zeigen, welche in Polen in Umlauf gesetzt werden sollen, sowie die Möglichkeit zu geben, Urteil und Ansicht über diese Entwürfe zu äußern. Zu diesem können die Ausstellungsbesucher ihre Bemerkungen in ein eigenes hierzu aufgelegtes Buch eintragen. Unabhängig von der Ausstellung der Muster für Goldmünzen sind auch die Muster der Silber-, Nickel- und Bronzemünzen ausgestellt, welche seinerzeit aufgrund der Konkurrenzschreibung eingeschickt und zum Teil ausgeschieden, zum Teil zum Schlagen unserer Münzen bestimmt wurden. Der Eintritt in die Ausstellung kostet 10 Groschen und ist für den Staatsstab bestimmt.

\* Warschau (Warszawa), 10. Februar. In den hiesigen Banken, wie auch in denen der Provinz läßt sich in letzter Zeit ein stärkerer Betrieb bei der Vorlage von Blättern zum Bau von neuen Wohnhäusern bzw. zum Umbau oder Umbau stehender Häuser beobachten. Es ist demnach in diesem Jahre eine lebhafte Bauausfahrt zu erwarten. Zur Stärkung der Baubewegung in diesem Jahre werden auch die Investitionsarbeiten der Regierung und der Selbstverwaltungen viel beitragen, denen dies teils durch im Auslande aufgenommene Anleihen, für die die Regierung die Garantie übernommen hat und teils durch Privatkapitalien, die dem Baugewerbe zur Verfügung gestellt werden sind, ermöglicht worden ist.

\* Lemberg (Lwów), 9. Februar. Der Polizist wurde mitgeteilt, daß in den kleinen Städten um Lemberg falsche 50-Zloty-Banknoten aufgetaucht sind. Auch im Geschäft der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Rudki hat ein Käufer zwei falsche 50-Zloty-Banknoten in Zahlung gegeben. Die Banknoten sind sehr gut nachgemacht und haben auch den Kościuszkokopf im Oval als Wasserzeichen, meint gleich dies Wasserzeichen unbedeutlicher ist, als bei den echten Scheinen. Bereits im Oktober v. J. sind in Krakau und Umgebung falsche 50-Zlotynoten aufgetaucht. Die Urheber dieser Fälschungen sind verhaftet worden. Inzwischen sind aber im Laufe der letzten Wochen an verschiedenen Orten neue Fälschungen im Verkehr erschienen, die besonders auf Jahrmarkten vorgelegt wurden. Die Polizei stellte Ermittlungen an und hat in Krakau einen gemissten Mojzes Wasstein und Mosska Goldwasser verhaftet. Bei der Haussuchung fand man in der Wohnung des letzteren die Spuren einer geheimen Sacharinfabrik. Dabei entdeckte man, daß Wasstein die falschen 50-Zlotynoten in einem Kanalisationsrohr des Hotels Keller versteckt hatte. Man fand noch insgesamt 154 Fälschungen, die beschlagnahmt wurden.

### kleine Rundschau.

\* Der Krater des Atna vom Flugzeug aus kinematographisch aufgenommen. Wie aus Rom, 10. Februar, berichtet wird, haben italienische Flieger wiederholt Versuche unternommen, den Atna zu überspringen. Einer der letzten Versuche ist gelungen. Hierbei wurde der gerade speiende Krater kinematographisch aufgenommen.

\* Londoner Nebel — in New York. New York, 10. Februar. Seit gestern ist die ganze Stadt in einem dichten Nebel eingehüllt, der gleich dem Londoner Nebel jeden Verkehr unmöglich macht. Infolge eines Zusammenstoßes der Hochbahnen sind zwei Personen getötet und über 50 verletzt worden.

\* Eine öffentliche Büchigung für Männer, die ihre Frauen prügeln, beantragte der frühere Bürgermeister von Stamford Alfred Philippss im Parlament des Staates Connecticut. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält die Bestimmung, daß Männer, die ihren Frauen untreu sind, sie oder die Kinder schlecht behandeln und gar prügeln, öffentlich geziichtet werden. Herr Philippss möchte, daß an öffentlichen und belebten Plätzen Pranger prüfahle aufgestellt werden, an welche die schlechten Männer gebunden und zur Verschärfung geziichtet werden sollen. Zur Begründung seines Antrages führt Herr Philippss an, daß die bisherigen Strafbestimmungen nicht hinreichen, um die brutalen Männer von Misshandlungen ihrer besserer Hälften abzuhalten. — Gut, daß man in Europa noch nicht daran gedacht hat — wieviel solcher Pranger müßten in den Straßen der Städte aufgestellt werden. Es wäre keine Freude mehr, durch die Straßen und Gassen zu wandeln. Der Bericht verschweigt aber, ob Herr Philippss nicht auch an die Verfehlungen der Frauen gedacht hat, denn auch die Amerikanerinnen sind sicherlich keine Engel. Wollte man die Strafe des an den Prangerstellens (auch ohne Büchigung!) auch für ungetreue Gattinnen einführen, so könnte man vor so manchem Hause einen Pranger hinbauen.

### Handels-Rundschau.

Deutsche Ostmesse. Zur Königsberger Frühjahrsmesse (15. bis 18. Februar) wurden die Mietreise-vro Bett und Nacht auf 2-, 3- und 4-Mark je nach der Ausstattung des Zimmers herabgesetzt. Eine Reichsbeherbergungssteuer wird nicht mehr erhoben. Die städtische Beherbergungssteuer wurde von 10 Prozent auf 10 Prozent ermäßigt, und dieser Steuerbetrag wird für Privatzimmer, die vom Wohnungsnachweis des Meisters auf dem Hauptbahnhof (Wartesaal 2. Klasse) vermittelt werden, vom Meister übernommen.

Ein polnischer Pavillon auf der Münchener Messe. Das Messamt in Polen organisiert für die diesjährige Münchener Frühjahrsmesse eine Kollektiv-Mutterausstellung der polnischen Firmen. Zu diesem Zwecke hat das Messamt in Münchland für die polnische Gruppe einen besonderen Pavillon im Zentrum des Messegeländes zur Verfügung gestellt. Die Münchener Messe findet vom 12. bis 27. April d. J. statt. Firmen aus Polen, die sich an der Mutterausstellung beteiligen wollen, können alles Nähere durch das städtische Messamt in Polen (Poznań, ul. Glogowska 38/39) erfahren. Anmeldungen werden nur bis zum 20. d. M. entgegengenommen.

Das einheitliche Salzmoneopol in Polen. Am 31. Januar d. J. ist die Verordnung des Staatspräsidenten vom 30. Dezember 1924 über die Einführung eines einheitlichen Salzmoneopols in Polen ins Leben getreten.

Außland führt polnischen Ruder ein. Warschau, 9. Februar. Die Handelsvertretung Sowjetrußlands hat in Warschau einen bedeutenden Transport Ruder angekauft, der über Danzig nach Leningrad (Petersburg) versandt wurde.

Ein Eisenindustriefest für Südosteuropa. Die Bestrebungen der größten Eisenindustrieunternehmungen der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, ein Einverständnis in Fragen der Preisbildung zu erreichen, führten tatsächlich zu einer Konvention zwischen den österreichischen und tschechischen Gütern. Die Konvention wird voraussichtlich auf die Reise der Werke in Rumänien ausgedehnt werden. Ebenso sollen auch die Verhandlungen mit den Werken in Rumänien aufgenommen werden. Vor allem handelt es sich um die Aufteilung des Absatzgebietes auf dem Balkan. Mit den jugoslawischen Eisenwerken sind bisher keine Verhandlungen angebahnt worden.

In die Tschechoslowakische Maschinen, Maschinen und Werkzeuge für bestehende oder neu errichtete Fabriken, Pferde, Hornvich, Schweine, Ochsen, Kamelle, Mauliere, Esel, Revolver bis 15 Millimeter Kaliber, Kanalisationsröhren aus Metall, Drucker und Lithographiemaschinen, Druckmaschinen jeder Art, Gießereimaschinen, Buchstaben und Buchstabenketten, Sensen, Sicheln, Maschinenbestandteile, Zette, Benzin, Naptha, Natron, Kupferspirale, Schmelze für landwirtschaftliche Zwecke, Wirtschaftswagen u. a. m.

### Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 10. Februar. Umlöse. Verkauf — Kauf. Belgien 26,57, 26,63½—26,50½; Holland 209,90, 209,80—208,80; London 24,88, 24,94—24,82; New York 5,18½, 5,20—5,17; Paris 27,89, 27,95½—27,82½; Prag 15,85, 15,88½—15,81½; Schweiz 100,15, 100,40—99,90; Italien 21,54, 21,59½—21,48½. — Devisen: engl. Pfund 24,88, 24,94—24,82.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 10. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 125,186, Geld 125,814 Brief; 100 Sloki 101,12 Geld, 101,63 Brief; Schied London 25,21 Geld, 25,21 Brief. — Telex. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,21½ Geld, 25,21½ Brief; Holland 100 Gulden 211,72 Geld, 212,78 Brief; Warschau 100 Sloki 100,74 Geld, 101,26 Brief.

### Berliner Devisenkurse.

Für drachlose Auszahlungen in Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
	10. Februar Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.674		1.678	1.672
Japan . . . . 1 Den.	1.648		1.652	1.632
Konstantinopel 1. Pfd.	2.205		2.215	2.22
London . . 1 Pfd. Str.	20,07		20,13	20,025
Neuport . . . 1 Doll.	4.195		4.195	4.205
Rio de Janeiro 1 Mil.	0,489		0,471	0,476
Amsterdam . . 100 Fl.	168,94		169,36	168,84
Brüssel. Antw. 100 Fr.	21,41		21,47	21,53
Christiania . . 100 Kr.	64,07		64,28	64,15
Danzig . . 100 Gulden	79,65		79,85	79,64
Helsingfors 100 finn. M.	10,539		10,599	10,557
Italien . . 100 Lira	17,38		17,42	17,38
Jugoslavien 100 Dinar	6,89		6,90	6,86
Hopenhagen . . 100 Kr.	74,81		74,79	74,81
Lissabon . . 100 Escudo	19,98		20,02	19,98
Paris . . . 100 Fr.	22,49		22,55	22,63
Prag . . . 100 Kr.	12,36		12,40	12,41
Schweiz . . 100 Fr.	80,90		81,10	80,90
Sofia . . . 100 Lev	3,052		3,062	3,065
Spanien . . 100 Pes.	59,78		59,87	59,92
Stockholm . . 100 Kr.	113,02		113,30	113,30
Budapest . . 100.000 Kr.	5,815		5,835	5,825
Wien . . . 100.000 Kr.	5,908		5,928	5,929
Athen . . . . .	6,84		6,88	6,90

Zürcher Börse vom 10. Februar. (Amtlich) New York 5,18½, London 24,81, Paris 27,82½, Wien 73, Prag 15,81½, Italien 21,48½, Belgien 20,49½, Holland 208,77½, Berlin 128,42½.

Die Bank Polens gibt heute für 1 Goldmark 1,22 Bl., 1 Dollar, große Scheine 5,16½ Bl., kleine Scheine 5,16 Bl., 1 Pfund Sterling 24,73 Bl., 100 franz. Franken 27,66 Bl., 100 Schweizer Franken 99,70 Bl.

### Altienmarkt.

Kurse der Warschauer Börse vom 10. Februar. Für nom. 1000 Mfp. in Sloki. Wertpapiere und Obligationen: 3½ prozent. Warschauer Pfandbriefe (alte) 40,00—40,50. Grosz. Zins abzogene Steuer 7,00. Sprosz. Dolat. Wert. Pozn. Ziemienna Kred. 1—2. Em. 5,25. Bank zw. Spółek. Bor. 1—11. Em. 11,00—11,50—11,00. Pol. St. Bank Handl. Poznań, 1. bis 9. Em. 3,25. Pozn. Bank Biemian 1—5. Em. 3,60—3,50. — Industrieaktien: Browar Piastowski 1—5. Em. 3,00. H. Cegielski 1—9. Em. 0,90. Centralna Rolnikowska 1—7. Em. 0,70. Centrala Sfor 1—5. Em. 2,50—3,00. Cukrownia Szczecin 1—8. Em. 8,00—8,25. C. Hartwig 1—7. Em. 1,60—1,80. Hartwig Kantorowicz 1—2. Em. 4,50. Herzfeld-Bittorius 1—3. Em. 7,00. Szuban. Fabryka praca ziemna 1—4. Em. (exkl. Kupon) 83,00. Dr. Roman Mar 1—5. Em. 34,00—33,00. Mlyn Ziemiński 1—2. Em. 1,80. Mlynnotomówka 1—5. Em. 0,80. Papiernia Bydgoszca 1—4. Em. 0,55—0,60. Piechów, Fabr. Papier. i Cementu 1—2. Em. 4,25. Płotno 1—3. Em. 0,40. Poż. Spółka Drzewona 1—7. Em. 1,10—1,00. Gracia Stabrowska (Zapalki) 1. Em. 0,90. „Unja“ (früher Benkt) 1—3. Em. (exkl. Kupon) 10,00. Chemieznia 1—3. Em. 0,55—0,50. Tendenz: nicht einheitlich.

### Wochentennemarkt.

Samen. Krakau, 10. Februar. Reichspreise für 100 Kg. Iofko Krakau, Rottfee, weißer 200, Duzerne 60, Serradella 16, Esparsseite 20, Mohr 150, Leinwand 45, Lupinen gelb 15, blau 12, Widien 18, Peluschen 24, Bierdeckohnen 20, Futterrüben 80—100, Rottkraut 70, Mohrrüben 150—200. Tendenz: ruhig, Angebot mittel, Nachfrage durchsetzt schwach.

Danziger Produktenbericht vom 10. Februar. (Nichtamtlich) Preis pro Bein in Danziger Guldens. Weizen 128—130 Pf. schwach 18,80—18,80, Weizen 118—123 Pf. schwach 15,60—17,50, Roggen 116—118 Pf. schwach 17,80—18,20, Gerste keine unverändert 14,50—15,25, gerste unverändert 13,80—14,40, Hafer fest 14—14,20

